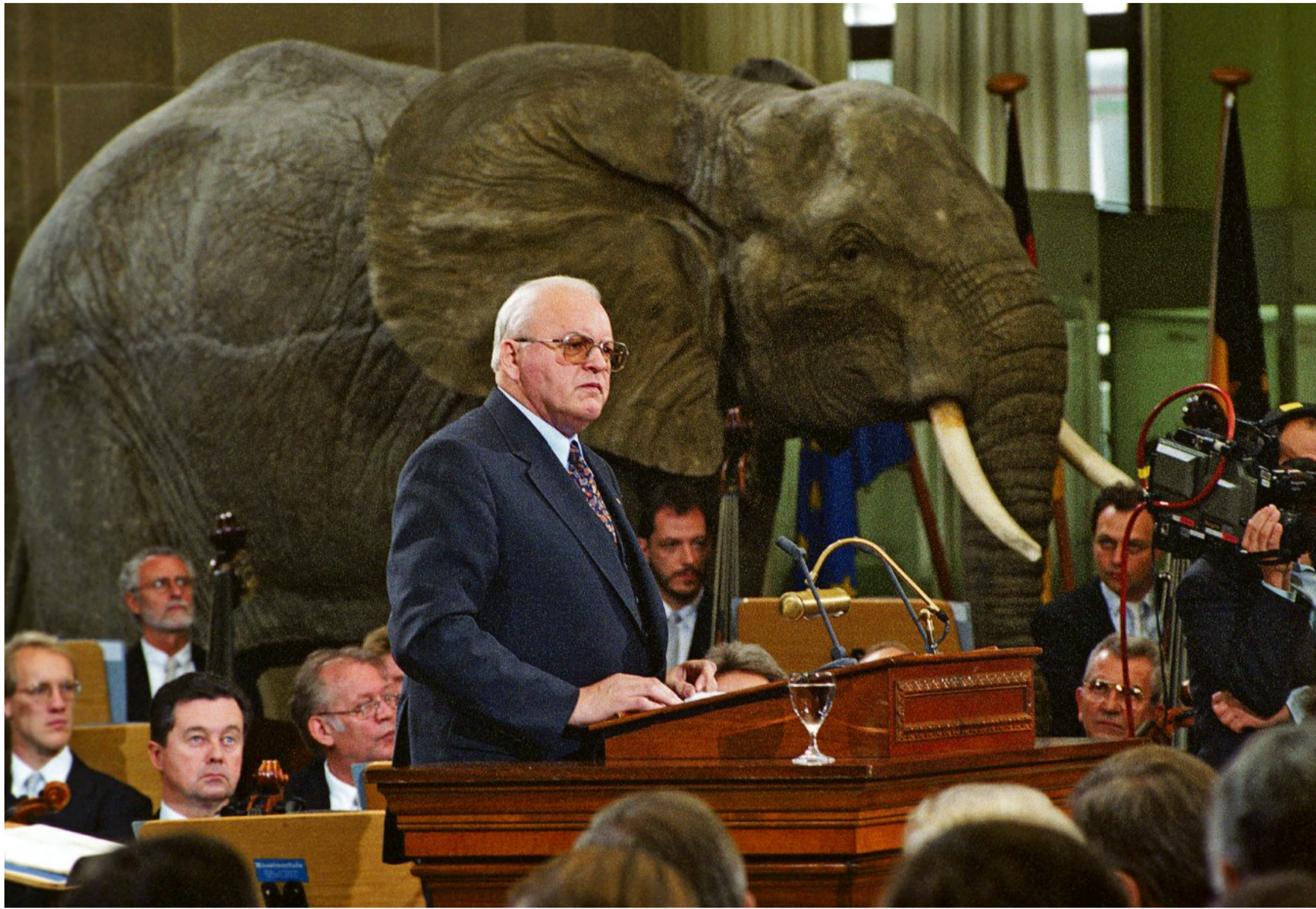


Die Politikwissenschaft ist eine notorisch unaufgeregte Wissenschaft. Das mag in nervösen Zeiten von Vorteil sein, und so horcht man auf, wenn jetzt Vertreter des Faches in den Vereinigten Staaten regelrecht Alarm schlagen. Yascha Mounk, ein in Harvard lehrender Deutscher des Jahrgangs 1982, annouciert den „Zerfall der Demokratie“ gerade bei seinen Geburtsjahrgängen, seine um 1970 geborenen Kollegen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt diagnostizieren, „wie Demokratien sterben“. Beide Bücher wurden rasch übersetzt und Sachbuchbestseller in Deutschland. Doch so deutlich äußern sich, abgesehen von dem ebenfalls an der Princeton University lehrenden Jan-Werner Müller, wenige deutsche Vertreter des Faches. Hierzulande stehen solche Warnungen unter dem Verdacht des Alarmismus: Autokraten sollten erst mal zeigen, was sie können, die Demokratie sei zählebig, krisenfest und weltweit weiter auf dem Vormarsch.

Bis auf die letzten zehn Jahre allerdings. Genau wie ansonsten in den Vereinigten Staaten sieht die Politologie vor lauter empiristischen Datenbäumen den Wald nicht mehr. Die akute Bedrohung demokratischer Normen, Institutionen, Praktiken und Kulturen wird kaum einmal so deutlich thematisiert, wie es gerade diesem Fach zukäme. Wenn Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier heute den 27. Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft zum Thema „Grenzen der Demokratie“ eröffnet, wird er wohl auf den Neuanfang der Disziplin als „Demokratiewissenschaft“ zu sprechen kommen. Unter diesem Label inspirierten aus dem Exil zurückgekehrte Wissenschaftler wie Ernst Fraenkel und Franz L. Neumann nach 1945 das junge Fach zur Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur, als Baustein der von der amerikanischen Besatzungsmacht betriebenen „Reeducation“.

Dieses sogleich als „Umerziehung“ denunzierte Programm war vielen Zeitgenossen suspekt, der rechtslastige Heidelberger Politikwissenschaftler Hans-Joachim Arndt kultivierte das antiwestliche Ressentiment noch in seinem 1978 erschienenen Buch „Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche“: „Deutschland – was immer das jetzt sein mag – wird nach wie vor vom 8. Mai 1945 zentral bestimmt, vom Tag der bedingungslosen Kapitulation, der totalen Niederlage nach einem totalen Krieg.“ Dieses im Kern reichsbürgerliche Argument findet sich aktuell im neurechten „Lexikon der Staatspolitik“ gegen den „ahistorischen und abstrakten Normativismus in der Politologie“.

Solche Plädoyers für eine ortsbezogene „Lageanalyse“ (Carl Schmitt) finden in der linken, postkolonialen Lesart eine seltsame Entsprechung. In einem Blog war jüngst zu lesen: „Sollte es anstatt einer Diskussion innerhalb der Demokratietheorie nicht vielmehr um eine Debatte der Demokratie geben? Sollte nicht die Politische Theorie selbst dazu beitragen, die diskursive Hegemonie der Demokratietheorie aufzubrechen und zu demonstrieren, dass Politik vielfältiger und unbestimmter ist als die Demokratietheorie suggeriert? Die Demokratietheorie lässt sich aber nur dann in Frage stellen, wenn wir uns trauen, den Begriff der Demokratie von seinem Podest zu stürzen und als einen Begriff der Politischen



Die Demokratie hat einen Mangel an Symbolen. Wenig bekannt ist heute beispielsweise das Bonner Naturkundemuseum Koenig als Geburtsort des Grundgesetzes. Daher war bei dem Gedenkakt am 1. September 1998 zur ersten Sitzung des verfassungsgebenden Parlamentarischen Rats auch ein Elefant im Raum. Foto Picture Alliance

# Autokraten sind sexy

Aber die Politikwissenschaft sollte lieber den normativen Kern der liberalen Demokratie stärken und sich auf die Frage konzentrieren, wie deren Institutionen und Prozesse zu erneuern sind.

Von Claus Leggewie

Theorie neben anderen zu betrachten.“ Spitz fragte die Berkeley-Politologin Wendy Brown, „ob und warum wir immer noch an die Demokratie glauben, ob sie eine lebensfähige Regierungsform für das 21. Jahrhundert ist und ob es vielleicht andere, nicht völlig abschreckende Möglichkeiten gibt, die besser geeignet sind, die Finsternis aufzuhalten“.

So stoßen eher Demokratien „jenseits des Westens“ auf Interesse, wie 2016 ein

Sonderheft der „Politischen Vierteljahresschrift“ betitelt war. Der diesjährige DVPW-Kongress ist nicht der erste, der Demokratie als Problem thematisiert. Der Greifswalder Politologe Hubertus Buchstein, der die demokratiewissenschaftliche Tradition des Faches minutiös rekonstruiert hat, befand 2003: „Die Demokratie findet in modernen Demokratien zwar viele interne Kritiker, aber keine grundsätzlichen Gegner

mehr.“ Das war offensichtlich verfrüht und ist unter jüngeren Wissenschaftlern fraglicher denn je, die das Ideal der westlich-liberalen Demokratie kaum noch für gegenwartstauglich halten und überdenken wollen, was „wir von Montesquieu, Rousseau, Schumpeter oder Habermas gelernt haben, um unsere Gegenwart richtig verstehen zu können“.

Auch wenn dieser Antinormativismus selbst hochgradig normativ ist, kommt

ein „Rückfall“ in die Demokratiewissenschaft alten Stils offenbar schlecht an. Deren ausgeprägter institutioneller Respekt bleibt zwar hochaktuell in Zeiten, in denen völkisch-autoritäre Nationalisten behaupten, das Volk stehe über dem Recht(staat), und, einmal an der Macht, die Gewaltenteilung aus der Balance bringen. Aber es stimmt: Autokratien sind derzeit interessanter, und um die Gegenwart zu verstehen, muss man auto-

# Exzellenz, im wörtlichen Sinn

Die deutsche Wissenschaftspolitik redet von Klasse und fördert Masse. Ein Vergleich mit den Vereinigten Staaten / Von Axel Meyer

Als Doktorand war ich kein einziges Mal in der Mensa. In den achtziger Jahren im Fachbereich Zoologie an der University of California in Berkeley konnten wir an jedem Tag der Woche Lunchtime-Seminare belegen. So wurde die Zeit effizient genutzt, um das mitgebrachte Sandwich zu essen und gleichzeitig neueste Publikationen zu diskutieren oder geplante Forschungsprojekte und Ergebnisse vorzustellen. Diese Seminare hatten unterschiedliche Kulturen und Umgangsformen. Meist ging es milde und nachsichtig zu. Aber es gab auch den berechtigten montäglichen „Eco-Lunch“, der von drei bis vier Professoren der Ökologie geleitet wurde, alle extrem kluge, belebende und erfahrene Weltklasseforscher. Die Stimmung war hier oft angespannt und messerscharf kritisch. Alle gaben ihr Bestes, und dennoch flossen mit großer Regelmäßigkeit Tränen, wenn Doktoranden wegen oberflächlicher Literaturkenntnis, hypotheseffreier Fragestellungen, falscher Statistik oder fehlerhaften Designs der Experimente kritisiert wurden.

Diese harte Schule forderte ihren Tribut. Obwohl schon bei der Zulassung zum Doktoranden-Studium in Berkeley extrem stark nach Qualität des geplanten Dissertationsprojekts – anhand von Noten, Test-Ergebnissen, mehreren Gutachten und persönlichen Interviews mit mehreren Professoren, die sich über den ganzen Tag hinzogen – gesiebt wurde, schaffte es nur rund die Hälfte der vielleicht fünf Prozent Besten, die überhaupt zum Doktorandenstudium zugelassen wurden, nach vier bis sieben Jahren mit einem Dokortitel abzuschließen. Ebenso ist es in Harvard, wo ich ebenfalls studierte. Ähnliche Zahlen kenne ich aus der State University of New York in Stony Brook, wo ich meine erste Professur hatte und für die Zulassung der Doktoranden verantwortlich war. Exzel-

lenz bedeutet schließlich, dass nicht jeder exzellent sein kann. Es bedeutet Qualität und eröffnet Chancen.

Die hohe Abbrecherquote lag auch an dem „Preliminary Exam“, das wir nach ein bis zwei Jahren überstehen mussten. Es war eine intensive drei- bis vierstündige Befragung durch vier bis fünf Professoren. Die Prüfungsvorbereitung nahm üblicherweise ein Semester intensiven Lesens und Lernens in Anspruch. Nur rund zehn Prozent fielen durch diese Prüfung, und man durfte es auch ein zweites Mal probieren, aber die Angst bewegte viele von uns, vorher das Handtuch zu werfen. Dann galt es natürlich noch eine Dissertation zu schreiben, für die in der Regel mindestens drei Publikationen als Erstautor in den besten internationalen Zeitschriften erwartet wurden. Meine Kommilitonen, die das alles überstanden, sind alle Professoren an angesehenen Universitäten geworden. Das war auch die unausgesprochene Erwartung an uns.

In Deutschland ist es fast unmöglich, einem einmal zugelassenen Doktoranden nach drei bis vier Jahren keinen Dokortitel zu geben. Diese falsche Einstellung, nein, das Gesetz schreibt vor, dass feste Dreijahresverträge für Doktoranden abgeschlossen werden müssen. Sicherlich brauchen Doktoranden Planungssicherheit, aber es muss möglich sein, weniger Qualifizierten früh zu signalisieren, dass sie sich auf dem falschen Weg befinden. Das ist sowohl menschenfreundlicher als auch ressourcenschonend. Denn die Inflation von aus Mitleid oder Indifferenz vergebenen Titeln schadet dem Ansehen der Universitäten und den Doktoranden selbst, die sich mit der trügerischen Aussicht auf eine wissenschaftliche Karriere später von Vertrag zu Vertrag hangeln. Anstatt auf Masse sollte man auf Klasse setzen.

Zur Exzellenz gehört natürlich Geld, viel Geld sogar, aber es muss klug eingesetzt werden. Denn ohne Auslese, Talent und Fleiß wird man nicht Weltspitze.

Die Selektion endet nicht mit dem Dokortitel. An der Harvard-Universität werden junge Wissenschaftler zunächst als Assistenten Professor mit der Aussicht auf Festanstellung berufen. Aber nur rund zehn Prozent gelangen am Ende auf eine feste Professur in Harvard. In dem dafür zu bestehenden Tenure-Verfahren muss man sich quasi auf seine eigene Stelle wieder bewerben, und mindestens sieben Gutachter müssen dem Kandidaten mehr oder weniger unisono die Zugehörigkeit zu den zehn Prozent weltweit Besten im entsprechenden Feld bescheinigen. Die Mehrzahl der Assistentenprofessoren, die das nicht schaffen, bleiben im System und wechseln meist an weniger exzellente Universitäten mit Festanstellung oder zunächst ohne.

Als ich vor zwanzig Jahren nach Deutschland zurückkam, war das Wort „Elite“ verpönt und das Gleichheitsmantra noch weiter verbreitet als heute. Das hat sich zum Glück geändert, doch die Art und Weise, wie in Deutschland von oben herab entschieden wird, was „exzellente“ ist, verläuft gänzlich anders als in den Vereinigten Staaten. Universitäre Bewerbungen, internationale Kommissionen und geheime Sitzungen sind ein ungewöhnlicher Weg zur Exzellenz, wenn diese, wie in der Forschung, Anspruch auf internationale Anerkennung hat. Exzellenz muss vielmehr durch die summierte Reputation der Professoren und Qualität der Studenten über viele Jahre – und über Ländergrenzen hinweg – aufgebaut werden.

Der ehemalige britische Wissenschaftsminister Lord Robert May von der Oxford University bewertete 1997 in ei-

nem Artikel in „Science“ mit dem Titel „The Scientific Wealth of Nations“ die Effizienz weltweit führender Wissenschaftssysteme. Anhand semi-objektiver Kriterien wie Zitate, Patente und Impaktfaktoren analysierte er, wie viel die Nationen jeweils für das eingesetzte Geld wissenschaftlich leisten. Lord Mays Statistik ist zwar veraltet, Deutschland steht heute besser da als noch vor zwanzig Jahren, und die Analyse erfasst insbesondere auch nicht den Aufstieg Chinas zur wissenschaftlichen Supermacht. Zudem ist die gegenwärtige Situation in den Vereinigten Staaten schlechter als vor zwanzig Jahren. Das Geld für Wissenschaft ist dort heute viel knapper als hierzulande. Und der Brexit wird dem britischen Forschungsstandort schaden. Diesen vielleicht nur temporären Vorteil sollten wir nutzen, um unsere besten Talente auszubilden und vielversprechende Forscher aus dem Ausland anzulocken. Dafür müsste das vorhandene Geld gezielt und nicht wie bisher vornehmlich mit der Gießkanne verteilt werden. 1997 war Deutschland nach Mays Analyse eher im Mittelfeld des wissenschaftlichen Impacts pro D-Mark angesiedelt. Die vermeintlich teure Schweiz dagegen ist wissenschaftlich erstaunlich effizient und überaus erfolgreich.

Warum ist das so? In der Schweiz erreichen nur rund neunzehn Prozent eines Jahrgangs die Befähigung zum Studium. In Deutschland sind es mehr als fünfzig Prozent. Sind wir wirklich mehr als doppelt so klug wie die Schweizer? Eher nicht, unsere Ansprüche sind nur gering. Wer international die klügsten Talente anlocken will, muss dafür etwas bieten. Die Gehälter in Deutschland sind jedoch im Vergleich zur nahen Schweiz oder den Vereinigten Staaten um einen Faktor von zwei bis drei geringer. Auch die Gehaltsstrukturen sind zu starr, es fehlen institutionelle Leistungs-

ritäre Bewegungen und Regime studieren, die seit der Jahrtausendwende immer zahlreicher werden und in allen Weltregionen, darunter klassischen Demokratien wie den Vereinigten Staaten, täglich neue Empirie liefern. „It can happen here“, konstatierte eben der Nobelpreisträger Paul Krugman, und er meinte demokratiepölitisch brisante und demokratiewissenschaftlich interessante Grauzonen eines „kompetitiven Autoritarismus“, der sich plebiszitäre, in der Regel nur eingeschränkt fairen und gleichen Volkswahlen stellt und Mehrheiten organisiert, ein globales Projekt „illiberaler Demokratie“, dem die zahlenmäßig oft überlegene Opposition keine Abwehrfront entgegenzusetzen weiß.

Autokraten beschädigen alle drei Gewalten, wenn sie so willkürlich und erratisch regieren wie Donald Trump, die Parlamente entmachten wie Viktor Orbán und die Unabhängigkeit der Justiz untergraben wie die polnische PiS-Partei und nebenbei „vierte Gewalten“ wie die unabhängige Presse, die der Wahrheitssuche verpflichteten Wissenschaften und die Versammlungsfreiheit von Nichtregierungsorganisationen angreifen. Entschiedene Reaktionen der EU gegen antidemokratische Praktiken in vor allem osteuropäischen Staaten sind auf dieser Grundlage längst geboten, aber schwierig zu operationalisieren, wie Christoph Möllers und Linda Schneider gerade in einem Gutachten für die Heinrich-Böll-Stiftung herausgearbeitet haben. Ein gesamteuropäisches Demokratie-Monitoring wäre da ein ideales Betätigungsfeld für empirische Demokratieforscher.

Eine kritische Politikwissenschaft kann jedenfalls nicht zuschauen, wie Demokratien „zerfallen“ oder „sterben“, sie muss, und zwar nicht allein durch Normenkontrolle, Demokratieerfolge zu bewahren wissen. Zu ihren vornehmsten Aufgaben zählt auch, praktische Demokratiefortschritte zu begleiten und Experimente deliberativer und konsultativer Beteiligung mit auf den Weg zu bringen. Auch dazu kamen einmal wesentliche Anstöße aus den Vereinigten Staaten, speziell aus der Denkschule John Deweys. Der 1952 verstorbene Pragmatist verfolgte die Idee der andauernden Perfektionierung einer stets unfertigen, schwach geschützten und weltgeschichtlich eher unwahrscheinlichen Errungenschaft. Da diese wieder einmal in Gefahr ist, hat Charles Sabel, Jurist und Soziologe an der Columbia University, Deweys Ansatz zum „demokratischen Experimentalismus“ ausgearbeitet, der lokale Demokratie und Globalgesellschaft verbindet. Aus ganz anderer Warte plädiert der Systemtheoretiker Dirk Baecker (Witten-Herdecke) für ein Designdenken, das so altmodisch wirkende Einrichtungen wie Demokratie ebenso beleben kann wie die KI-Szene.

Demokratische „Rekonsolidierung“ ist letztlich Sache der Bürgergesellschaft, aber eine Politische Wissenschaft, die diesen Namen verdient, verhält sich zur Bedrohung der Demokratie nicht abwartend-wertneutral. Die Bürgerinnen und Bürger sollten auf die Expertisen einer Wissenschaft vertrauen können, deren Eckpfeiler die Idee der Demokratie als Herrschafts- und Lebensform ist.

Claus Leggewie ist Professor für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

## Die LMU München prüft einen Plagiatsfall

Im Jahr 2006 wurden an der Berliner Charité und der LMU München zwei medizinische Doktorarbeiten verteidigt. Der Betreuer der ersten Arbeit war der Vater der zweiten Promovenden. Später sollte die Wissenschaftsplattform VroniPlag Wiki herausfinden, dass die Arbeiten zu rund achtzig Prozent identisch waren, inklusive vieler Daten und Abbildungen. Ein Hinweis auf eine gemeinsame Erstellung findet sich bei beiden nicht. Kopierfehler legen nahe, dass die Münchner Promovenden von Berliner Kollegen abgeschribiert haben könnten. Im Mai 2015 wird die LMU über den Vorfall informiert. Ob die Universität den Fall aufgeklärt hat, kann seitdem nicht in Erfahrung gebracht werden. Anfragen dieser Zeitung seit Mai 2017 werden mit dem Hinweis beantwortet, das Verfahren laufe noch. Zwischenzeitlich werden E-Mails der LMU-Pressestelle gar nicht mehr namentlich unterzeichnet. Im September 2018 heißt es dann: Man müsse sich mit der Rechtsabteilung abstimmen. Aber: Der zuständige Referent sei im Urlaub. An der TU München wurde ein Doktorgrad dreizehn Monate nach der Meldung von VroniPlag Wiki aberkannt. Die LMU aber prüft nun seit vierzig Monaten, dass die Öffentlichkeit darüber wissen darf. Bis heute wird die fragwürdige Doktorarbeit auf den Websites der LMU frei verfügbar gehalten, ohne jeden Hinweis auf den Plagiatsvorwurf.

## Forscher auf der Flucht

Die 2016 gegründete Philipp-Schwartz-Initiative für geflüchtete Wissenschaftler wird zur Dauerinstitution. Nach Angaben der Alexander von Humboldt-Stiftung hat das Außenministerium eine entsprechende Finanzierungszusage gegeben. Die Initiative hat bisher 159 Wissenschaftler gefördert. Von Oktober an sollen 35 weitere Forscher für zwei Jahre an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland arbeiten können. F.A.Z.

Axel Meyer ist Zoologe und Evolutionsbiologie in Konstanz